Preis für Kaltensundheimer Schüler

Im Weimarer Reithaus wurden gestern die Gewinner des Schülerwettbewerbs der Stiftung Ettersberg „Diktaturerfahrung und demokratische Umbrüche in Deutschland und Europa“ geehrt. Ein Sonderpreis, dotiert mit 250 Euro, ging an Konrad Bittdorf, Sebastian Grob, Michael Haupt und Andreas Smettan vom Rhöngymnasium in Kaltensundheim. Ihre Seminarfacharbeit trägt den Titel „Die Kirche im Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung unserer Region“. FOTO: MARKUS PIEPER

Wieder

aus: Südthüringer Zeitung vom 20. Juni 2006

ERFURT – Mit einem speziellen Ticket können Schüler Thüringen in den Sommerferien erkunden. Zum Preis von 17 Euro kann es in der Zeit vom 20. Juli bis 30. August für beliebig viele Fahrten mit Bus und Bahn genutzt werden, teilten die Deutsche Bahn AG und die Nahverkehrsservicegesellschaft GmbH mit. Das Ticket gilt für Nahverkehrszüge sowie im Netz der zwölf beteiligten Bus- und Straßenbahnunternehmen. Gekoppelt ist es mit einem Bonusheft, das für etwa 30 Freizeiteinrichtungen Vergünstigungen bietet.

■ **www.sft-thueringen.de**

Glockengeläut von CD

IFTA – Glockenläuten von der CD wird in den kommenden Monaten in Ifta bei Eisenach zum Gottesdienst rufen. Für die Zeit der Kirchturmsanierung übernehme der Dorffunk in der 1300 Einwohner zählenden Gemeinde die Einladung zu Gottesdiensten, Hochzeiten und Trauerfeiern, sagte Pfarrer Stephan Kähler gestern. „Das ist eine Notlösung mit viel Charme.“ Der Dorffunk, der in den 1960er Jahren eingeführt wurde, verfügt inzwischen über 40 Lautsprecher im Ort, über die zwei Mal in der Woche Neuigkeiten verbreitet werden. (dpa)

Für den frühen Führerschein

ERFURT – Mit einer Informationstour wirbt die Junge Union seit gestern für den Führerschein ab 17 Jahren. Bis Freitag will sie in elf Thüringer Städten Station machen. Das begleitende Fahren ab 17 erhöhe die Verkehrssicherheit, sagte Landesvorsitzender Mario Voigt. Während des niedersächsischen Modellprojekts sei die Zahl der Unfälle bei den Fahranfängern um 40 Prozent zurückgegangen. In eine ähnliche Richtung zeigten die Erfahrungen in 13 deutschen Bundesländern sowie in Finnland und Österreich, wo der Führerschein ebenfalls vor dem 18. Lebensjahr erworben werden könne. Nach Ansicht von Voigt müssen viele Heranwachsende für ihre Ausbildung und ihre Hobbys mobil sein. „Das Autofahren gehört in Thüringen zum Lebensgefühl vieler Jugendlicher.“ Deshalb müssten Lösungen für die Verkehrssicherheit gefunden werden. (dpa)

Führerschein mit 17 Jahren

IMPRESSUM

Südthüringer Zeitung

Herausgeber: Südthüringer Verlag GmbH
Geschäftsführer: Hans Homrighausen (Sprecher); Dr. Dieter Schmitt

Chefredakteur: Berthold Dücker
Chef vom Dienst: Jürgen Schmidt. Mitglieder der stz-Zentralredaktion: Dr. Christoph Witzel, Beate Funk, Diana Unkart, Steffi Wolf. Sport: Gert Hellmann. Lokalredaktionen: Ute Weilbach (Bad Salzungen/Rhön); Silke Wolf (Schmalkalden).
Ständige stz-Korrespondenten in Erfurt, Berlin und Bonn
Gemeinschaftsredaktion für Überregionales: Rainer M. Gefeller, Büro Berlin: Cornelie Barthelme.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen nur nach schriftlicher Genehmigung und Rücksprache.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Thomas Graul, Gesamtleitung Anzeigen: Torsten Klose
Z. Z. gültige Anzeigenpreisliste Nr. 15 der Südthüringer Presse vom 1. 10. 2005.
Monatlicher Bezugspreis 17,70 Euro (einschl. 7 % MwSt.). Postbezugsabonnement 23,50 Euro.
Das Bezugsgeld wird monatlich im Voraus erhoben.
Abonnementskündigungen sind nur nach Ablauf der Verpflichtungszeit zum Monatsende möglich und müssen bis spätestens 5. des Monats schriftlich im Verlag vorliegen.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, etwa im Falle von höherer Gewalt oder bei Arbeitskämpfen, besteht kein Entschädigungsanspruch.
Anschrift Redaktion und Verlag: Andreasstraße 11, 36433 Bad Salzungen
Tel.: 0 36 95 / 55 50 50; Fax: 0 36 95 / 55 50 51; Abo-Service: 01 80 / 3 69 54 80
Anzeigen-Service: 01 80 / 3 69 54 60 , Service-Fax 01 80 / 3 69 54 75
E-Mail: redaktion@stz-online.de; Internet: www.stz-online.de
Druck: Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG - Druckzentrum - Schützenstraße 2, 98527 Suhl.

stz-Hilfswerk MITEINANDER-FÜREINANDER e.V.:
Spendenkonto: 155144 Wartburgsparkasse (BLZ 84055050)

STZ-INTERVIEW

Recht auf Einkommen – von Geburt an

Politik muss dafür sorgen, dass die Menschen so glücklich wie möglich sind, sagt Michael Opielka

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus hat Anfang Juni mit dem Vorschlag, die sozialen Sicherungssysteme und Sozialleistungen durch eine Grundsicherung zu ersetzen, für Aufsehen gesorgt. Der Jenaer Professor Michael Opielka, einer der prominentesten Vertreter einer bedarfsunabhängigen Grundsicherung, hat ein Modell vorgelegt, das er „Bafög für alle“ nennt.

Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule in Jena. FOTO: privat

Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hat ein Grundeinkommen für alle vorgeschlagen. Ist das Fortschritt oder Sozialabbau?

Michael Opielka: Seine Initiative ist erst einmal grundsätzlich positiv aufzunehmen. Aber sie ist in der Sache ambivalent. Denn eine Intention bei ihm scheint darin zu liegen, die Leistungen bei Arbeitslosigkeit zu beschränken. Es ist auf der einen Seite durchaus im neoliberalen Sinn, den Sozialstaat schlanker zu machen. Das weckt Ängste.

Ist das verwerflich, den Staat schlanker machen?

Die Frage ist: An welcher Stelle ist er fett? Und: Was sind die Zielstellungen? Im Rahmen der Zielsetzungen soll der Staat natürlich effizient und schlank sein. Aber man kann Schlankheitswahn auch übertreiben. Zu dem, was in den Medien teilweise formuliert wird, den Staat zum Minimalstaat zurechtzustutzen, würde ich nicht sagen schlank, sondern magersüchtig.

Ein Grundeinkommen sollte also keine Verschlankung bedeuten?

Das Grundeinkommen ist komplexer. Es ist durchaus eine Verschlankung im mittleren und oberen Einkommensbereich. Aber damit im unteren Bereich besser abgesichert werden kann. Sozialpolitik wird mit dem Grundeinkommen nach unten hin ergänzt, erweitert und fundiert. Nur: In dieser Fundierung müssen auch bestimmte Leistungen abgebaut werden. Ein Grundeinkommen kann nicht einfach noch dazu kommen. Und es ist auch keine Eier legende Wollmilchsau.

Das mit dem Ergänzen sehen nicht alle so. In der neoliberalen Bürgergeld-Lehre á la Friedmann spricht man eher von Ersetzen. Auch Althaus hat den Begriff Ersetzen gebraucht …

Das kommt wohl von seinen Beratern, wie dem Hamburger Ökonom Thomas Straubhaar. Die Neoliberalen haben kein Gefühl für den Sozialstaat in seiner heutigen Struktur, wie er sich in 120 Jahren entwickelt hat. Sie wollen ihn wegschlagen ohne die sinnvollen Errungenschaften zu würdigen. Aber diese Errungenschaften haben in der CDU und vor allem in der SPD und der Linkspartei sehr viele Befürworter. Für diese soll der Sozialstaat nicht nur ein Minimal-Sozialstaat sein, sondern soziale Risiken absichern. Damit man im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit seinen Lebensstandard einigermaßen gesichert hat.

Aber das wird nicht mehr gehen! Viele werden immer früher aus dem Erwerbsleben herausgedrängt, gleichzeitig werden die Leute älter. Das heißt in der Konsequenz: Immer weniger zahlen ein, aber der Finanzierungsbedarf wird immer größer …

Aber ein neoliberales Radikalmodell wird in Deutschland nicht durchkommen. Weil die Bevölkerung dagegen ist. Aus realistischen Gründen. Denn für die Bevölkerung, die heute in die Rente geht, besteht ein wesentlicher Teil ihrer Alterssicherung aus Ansprüchen aus den Sozialversicherungssystemen. In Ostdeutschland sind es 90 Prozent der Einkommen eines Rentnerhaushaltes.

Rot-Grün hat sogar eine Grundsicherung eingeführt...

Aber das ist keine Grundrente. Es ist Sozialhilfe im Alter, die ein bisschen großzügiger ist, weil das Einkommen der Angehörigen nicht so herangezogen wird. Aber das eigene Vermögen wird angerechnet. Sie müssen sich komplett entsparen, bevor sie die Grundsicherung bekommen.

Gibt es positive Vorbilder?

Natürlich. Man müsste nur mal über die Grenzen schauen. In der Schweiz hat man eine Grundrente, die bekommt jeder – unabhängig vom Vermögen. Die ist so hoch, wie bei uns die durchschnittliche Rente in der Arbeiterrentenversicherung.

Wie funktioniert das?

Der Clou ist: Die Rente in der Schweiz ist maximal doppelt so hoch wie die Grundrente, aber die Beiträge sind nach oben offen. Damit haben sie eine Sozialsteuer. Zwar wird derjenige, der nicht mehr als das Doppelte des Mindestbetrages verdient, damit noch keine Lebensstandardsicherung haben. Aber trotzdem spürt er: Weil ich mehr Beiträge bezahle, werde ich mehr bekommen. Die Schweizer haben in einer Volksabstimmung dem System schon elfmal zugestimmt.

Das ist das Grundprinzip, auf dem Sie Ihr Grundeinkommens-Modell „Bafög für alle“ aufbauen…

Ja. Wenn ich das Schweizer Rentenprinzip auf alle Sozialsysteme ausweite, habe ich eine Grundeinkommensversicherung. Das bedeutet: Jeder zahlt 17,5 Prozent seines Einkommens als Sozialsteuer – anstellte der bisherigen Sozialversicherungsbeiträge. Und dazu 7,5 Prozent Krankenversicherungsbeitrag, nicht 14 Prozent.

Wie hoch müsste das Grundeinkommen sein?

700 Euro halte ich schon für erforderlich. Das kommt Hartz IV sehr nahe. Aber die müssen eben bedarfsunabhängig sein. Wie es Althaus mit seinem Grundeinkommensvorstoß völlig richtig angesprochen hat. Und wir müssen die Arbeitsverpflichtung lockern. Es kann nicht angehen, dass die Behörde permanent Kontrollbedarf hat und den Leuten Druck macht, obwohl der Arbeitsmarkt geschlossen erscheint. Es ist völlig widersprüchlich: Es wird von Kontrolle gesprochen, die verschärft werden soll. Aber es gibt genügend Arbeitslose, die bekommen nur alle drei, vier Monate überhaupt mal eine Vorladung.

Was heißt das, die Arbeitsverpflichtung lockern?

Wer Arbeitsangebote nicht annimmt oder sich dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stellt, bekommt nur „Bafög für alle“. Das heißt: Die Hälfte des Grundeinkommens bekommt er als Zuschuss, die andere Hälfte nur als Darlehen. Aber es gilt weiter das Arbeitslosenversicherungsprinzip. Wer vorher gut verdient hat, erwirbt höhere Ansprüche. Nämlich bis zum Doppelten des Grundeinkommens. Ohne Zeitbegrenzung.

Damit kombinieren Sie das derzeitige System mit einem Grundeinkommen …

Das ist ja auch möglich.

Ist beides finanzierbar?

Ja, weil ich das Niveau absenke. Insofern verschlanke ich schon deutlich. Sie bekommen nur noch maximal das Doppelte des Grundeinkommens. Selbst beim neuen Elterngeld haben sie Spitzenwerte vorgesehen, die liegen höher, als ich das für richtig halte.

Sie betonen die Bedarfsunabhängigkeit. Warum soll jemand Grundeinkommen bekommen, der Vermögen oder Erspartes hat?

Zum Beispiel, damit ich den sozial Schwächeren in der Gesellschaft deutlich mache, dass es sich für sie lohnt, zu sparen. Wenn Sie eine reine Grundsicherung haben, sagen Sie den einkommensschwächsten 40 Prozent der Bevölkerung: Spart nicht, es wird euch eh wieder weggenommen! Das ist eine völlig falsche Botschaft. Das sabotiert die Selbstverantwortung. Deshalb wird die Riester-Rente bei Hartz IV auch nicht angerechnet. Aber Sie sparen doch nicht nur für die Riester-Rente.

Entfesselt ein Grundeinkommen den Arbeitsmarkt, wie Althaus meint, oder bremst es, weil die Leute sagen: Ich muss nicht arbeiten.

Wenn wir fünf Millionen Arbeitslose haben und fünf Millionen freie Stellen, dann würde ich sagen, da stimmt was nicht im System. Dann wäre Ihre Brems-Vermutung richtig. Aber davon sind wir unendlich weit entfernt, vor allem in den neuen Bundesländern. Im Übrigen: Mir wäre lieber, von den fünf Millionen Arbeitslosen wären 4,5 Millionen freiwillig arbeitslos und nur 0,5 Millionen unfreiwillig, als 0,5 Millionen freiwillig Arbeitslose und 4,5 Millionen unfreiwillig Arbeitslose. Das ist eine ganz pragmatische Argumentation. Die Aufgabe der Politik ist erst einmal, dafür zu sorgen, dass die Menschen so glücklich wie möglich sind. Dass sie die Möglichkeit haben, ihr Leben zu verwirklichen.

Und wie ist es mit der Entfesselung?

Hinter dem Althaus-Vorschlag steckt im Grunde ein Kombilohn-Modell. Davon hatten wir in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Modellprojekten. Aber kein einziges hat auch nur den Anschein einer Entfesselung mit sich gebracht. Die Entfesselungsthese, die vor allem von den Neoliberalen vertreten wird, basiert auf einen Gedanken, den sie aber öffentlich nicht sagen können: Darauf, dass sie das Niveau massiv absenken. Das haben wir in den USA. Dort ist das Niveau in einigen Staaten so niedrig, dass die Leute nur noch Lebensmittelgutscheine und Obdachlosenunterkünfte bekommen. Dann motiviert das die Leute auch, schlicht durch Zwang. Darauf basiert ein großer Teil der Argumentation der Neoliberalen. Die sagen: Da sieht man doch, wie es funktionieren könnte!

Aber ein vergleichsweise höheres Grundeinkommen könnte Anreize schaffen, weil dann die Zuverdienstmöglichkeiten nicht mehr beschränkt wären?

Sicher. Aber es wird auch indirekte Abzüge geben, weil das Sozialsteuersystem greifen wird. Auch ein Grundeinkommen kann nicht alle Probleme lösen. Aber ein Grundeinkommen ist, da bin ich mit Althaus einig, ein Weg der sozial ausgeglicheneren Verschlankung des Sozialstaates.

Gibt es Einigkeit darüber hinaus?

Althaus sieht, dass es einen Teil der Erwerbspersonen gibt, die auf lange Sicht, erst mal keine vernünftige Rückkehroption in den ersten Arbeitsmarkt haben. Vor allem im Osten, wo das aus der Erfahrung der Arbeitsgesellschaft DDR zudem noch leidvoller erfahren wird. Eine wichtige Frage dabei ist: Wie können wir den Leuten eine Existenzsicherung anbieten, die ihnen auch die Würde lässt? Und ein bedarfsunabhängiges Grundeinkommen ist eben kein Almosen, sondern ein Recht auf Einkommen von der Geburt bis zum Tod.

INTERVIEW: GEORG GRÜNEWALD

Stichwort Grundeinkommen

Unter **Grundeinkommen** verstehen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler ein Einkommen, das jedem Bürger zusteht, ohne dass daran Bedingungen geknüpft werden. Letzteres ist der wesentliche Unterschied zur **Grundsicherung**. Diese setzt voraus – wie die Sozialhilfe in Deutschland –, dass ein Bedarf besteht und keine Ersparnisse oder Angehörige herangezogen werden können. Auch die Bedingung, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, wie bei Hartz IV, gibt es bei einem Grundeinkommen nicht. Dabei unterscheidet man zwei Formen von Grundeinkommen. Die erste Variante, negative Einkommenssteuer oder **Bürgergeld** genannt, wird ausgezahlt, wenn die eigenen Einnahmen nicht existenzsichernd sind. Sie wird von liberal-konservativen Ökonomen vertreten und wurde vom Milton Friedmann, einem Urvater des Neoliberalismus, entwickelt. Eine zweite Variante, **Sozialdividende** genannt, geht davon aus, dass jedem ein Grundeinkommen als Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zusteht. Es wird vor allen sonstigen Einkommen gezahlt. Sie wird eher von linker Seite vertreten, die in der Regel von einem höheren Grundeinkommen ausgeht.

Zur Person

Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena und einer der prominentesten Vertreter einer bedarfsunabhängigen Grundsicherung. Der 1956 geborene Soziologe war schon in den 80er-Jahren sozialpolitischer Vordenker der Grünen und hat Anfang der 90er-Jahre eine Grundsatzkommission der CDU-Sozialausschüsse beraten. Zuletzt hat er ein Grundeinkommens-Modell „Bafög für alle“ vorgelegt. Demnach soll es eine Grundeinkommens-Versicherung für alle geben. Damit steht jedem, der in Ausbildung ist, sich arbeitslos meldet, Kinder erzieht, krank oder pflegebedürftig ist, ein Grundeinkommen zu. Finanziert wird es über eine Sozialsteuer, die an der Stelle der Sozialversicherungsbeiträge tritt. Je nach Höhe der gezahlten Sozialsteuern, kann das Grundeinkommen auch bis zu doppelt so hoch sein.